



Peter Weckmann MdL

Neues aus  
dem Landtag  
03/2015 - April

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

#### Aktuell:

- **Antrag zu Sportlärm verabschiedet**  
... Seite 1
- **Tierversuche in der medizinischen Forschung**  
... Seite 2
- **Vertretung gefunden - Vito Heinen aus Werden übernimmt**  
... Seite 3
- **Bund-Länder-Finanzausgleich neu ausrichten**  
... Seite 4
- **„Operation last Chance“ - Verfolgung von NS-Verbrechern**  
... Seite 4
- **Schaustellerverband Essen/Ruhrgebiet lud ein**  
... Seite 5
- **Überschwemmungsgebiete - Dialog mit Anliegern des Baldeneysees**  
... Seite 6
- **170 Jahre Treue zur SPD - Rüttenscheider OV ehrte Mitglieder**  
... Seite 7
- **+++kurz notiert+++**  
... Seite 8

## Tag der Arbeit - Hinaus zum 1. Mai!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,

der letzte Plenartag im April neigt sich langsam dem Ende zu. Zeit für meinen neuen Newsletter. Es waren dieses Mal zwei lange Tage, über ein paar behandelte Themen könnt Ihr auf den folgenden Seiten lesen.

Aufrufen möchte ich an dieser Stelle natürlich zur Teilnahme an den vielen Aktivitäten morgen zum Tag der Arbeit. Wie auch schon in den letzten Jahren wird um 10 Uhr der Demonstrationzug vom Girardethaus starten. Die Kundgebung mit Hauptredner Frank Bsirske wird auf dem Burgplatz gegen 11 Uhr beginnen. Auf dem Burgplatz wird es wieder ein buntes

Programm geben, an welchem sich auch unserer Partei wie in den Vorjahren beteiligen.

Am späten Nachmittag heißt es dann Flagge zeigen gegen die Kundgebung der Partei „Die Rechte“ in Essen-Kray. Treffpunkt für die Gegenkundgebung ist um 17.30 Uhr auf dem Kray Markt.

Ich hoffe, zu beiden Anlässen viele von Ihnen/Euch zu sehen.

Ihr/Euer  
Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- **Anmeldung unter:**  
[www.spd-fraktion.landtag.nrw.de](http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de)

## Antrag zu Sportlärm verabschiedet

In vielen Gemeinden schwelt seit einiger Zeit ein Konflikt zwischen Sportvereinen und Anwohnerinnen und Anwohnern von Sportanlagen, die sich über den Lärm von Kindern und Jugendlichen im Sport- und Trainingsbetrieb beklagen. Die Schwelle in der Sportanlagenlärmschutzverordnung liegt in reinen Wohngebieten bei 50 dB(A). Das ist realistisch kaum einzuhalten. Deshalb wurde am 30. April ein Antrag von SPD und Grünen im Plenum verabschiedet, der die Landesregierung auffordert, einen Runden Tisch zu initiieren, der

sich mit Ursachen und Lösungen des Konflikts beschäftigt. Weiter soll die Landesregierung sich im Bund dafür einsetzen, ebenfalls nach Lösungen in diesem Konflikt zu suchen. Insbesondere soll eine Änderung der 18. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) angestrebt werden, damit zum Beispiel Kinder- und Jugendlärm auf Sportplätzen nicht mehr als schädliche Umwelteinwirkung zu definiert wird.

Den Antrag gibt es auf der Internetseite des Landtags

- [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) oder [direkt hier klicken](#)

## Tierversuche in der medizinischen Forschung

Eine thematisch etwas ungewöhnliche Zuschrift erreichte mich am 24. April. Und zwar ging es um eine Europäische Bürgerinitiative zum absoluten Verbot von Tierversuchen. Ich habe mich diesbezüglich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in Brüssel informiert. Eine Europäische Bürgerinitiative stellt eine Aufforderung an die Europäische Kommission (nicht das Europäische Parlament!) dar, einen Rechtsakt im Rahmen der Zuständigkeiten der EU vorzuschlagen. Um erfolgreich zu sein, muss die Initiative von mindestens einer Million EU-Bürgerinnen und -Bürgern aus mindestens 7 Mitgliedstaaten unterstützt werden. Wenn eine Initiative erfolgreich ist, spricht die Anzahl der Unterstützerunterschriften erhalten hat, empfangen Vertreter der Kommission die Organisatoren der Initiative, damit diese nähere Erläuterungen geben können. Dann haben die Initiatoren die Möglichkeit, ihre Initiative im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament vorzustellen. Im Anschluss veröffentlicht die Kommission eine formelle Antwort, in der sie eventuelle Maßnahmen in Bezug auf die Bürgerinitiative vorschlägt oder Gründe für eine negative Entscheidung darlegt. Es besteht keine Verpflichtung seitens der Kommission aufgrund einer Bürgerinitiative einen Rechtsakt zu erlassen. Anders als zum Beispiel in NRW beim Volksentscheid, ist ein solches plebiszitäres Element ist auf europäischer Ebene nicht vorgesehen.

Im konkreten Fall angesprochen war die erfolgreiche Bürgerinitiative „Stop Vivisection“, die am 22. Juni 2012 registriert, am 1. November 2013 abgeschlossen und deren Vorlage am 3. März 2014 von der Kommission bestätigt wurde. Die Bürgerinitiative fordert den kompletten Ausstieg aus der tierexperimentellen Forschung. Die Zuschrift, die aus dem Bereich der medizinischen Forschung an der Uni Duisburg/Essen kam, richtete sich gegen diese Bürgerinitiative. In meinem Antwortschreiben habe ich deutlich gemacht und sehe ich mich da auch im Einklang mit meinen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, dass der Tierschutz ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvollen politischen Handelns ist. Tierversuche

sind zu reduzieren und die tierversuchsfreie Forschung ist zu fördern. Jedoch verschließe ich nicht die Augen davor, dass Tierversuche in einigen medizinischen Bereichen nicht vermeidbar sind. Dazu zählen aber ausdrücklich keine Versuche zum Beispiel für Kosmetikprodukte oder medizinisch nicht notwendige Produkte oder Eingriffe.

Auch das Tierschutzgesetz NRW regelt den Bereich der Tierversuche und setzt dem enge Grenzen. Für die Genehmigung von entsprechenden Vorhaben ist das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zuständig, das dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW nachgeordnet ist. Anträge auf Tierversuche werden durch die Behörde auf ihre Unerlässlichkeit und ethische Vertretbarkeit überprüft. Eine Sachverständigenkommission aus Vertretern von Tierschutzorganisationen und Personen mit einem naturwissenschaftlichen Hochschulstudium unterstützt und berät die Behörde bei ihrer Entscheidung. Außerdem wird auf Initiative von SPD und Bündnis90/Die Grünen mit Mitteln aus dem Landeshaushalt 2015 in diesem Jahr in NRW ein Centrum (CERST-NRW) eingerichtet, das Ersatzmethoden zu Tierversuchen erforscht. Ziel der Initiative ist es, die Zahl der Tierversuche in NRW zu reduzieren, indem alternative Testmethoden entwickelt werden. CERST-NRW wird am Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung (IUF) in Düsseldorf angesiedelt. Leiterin wird Prof. Dr. med. Ellen Fritsche, eine international anerkannte Forscherin, die mehrfach national und international für ihre Arbeiten zur Einschränkung von Tierversuchen ausgezeichnet wurde. Sie stellt mit ihrer Professur im Fach „Umweltmedizinische Toxikologie“ den direkten Wissenstransfer in die Lehre sicher. CERST-NRW wird sowohl für den Tierschutz als auch für den Wissenschaftsstandort NRW einen wichtigen Beitrag leisten.

### Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative

- [www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu) oder [direkt hier klicken](#)

## Vertretung gefunden - Vito Heinen aus Werden übernimmt



Einmal im Jahr findet der Jugendlandtag in NRW statt; in diesem Jahr vom 11. bis 13. Juni. Jeder Abgeordnete kann eine „Vertretung“ benennen. Über die örtlichen Medien, die Ortsvereine der Partei und auch diesen Newsletter habe ich Interessenten aufgerufen, sich bei mir zu bewerben. Ganz besonders wichtig sind mir ein paar Sätze dazu, welche Beweggründe jemand für eine Teilnahme beim Jugendlandtag hat. Und auch in diesem Jahr war es wieder schwer, eine Entscheidung zu treffen.

In der ganz engen Auswahl waren schließlich Michelle Rudolph aus Kupferdreh und Vito Heinen aus Werden. Mit beiden habe ich mich persönlich getroffen, um einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Dieser machte mir die Entscheidung nicht leichter, denn beide waren auf ihre Art überzeugend.

Letztendlich ist meine Wahl auf Vito Heinen gefallen. Vito besucht das Gymnasium Werden und strebt 2016 das Abitur an. Er engagiert sich ehrenamtlich als DLRG Ausbilder für Juniorretter und Schwimmabzeichen und in der evangelischen Kirchengemeinde unter anderem bei der Konfirmandenarbeit. Außerdem ist er seit 2013 Schülersprecher des Gymnasiums Werden. In dieser Rolle konnte er bei einer Podiumsdiskussion an der Schule erste Erfahrungen mit Politik machen. Er moderierte und diskutierte mit den Essener Europa-Kandidaten auf Augenhöhe. Nun möchte er auch gerne einmal die Seiten wechseln und in den Alltag eines Politikers hineinschnuppern. Alle Bewerberinnen und Be-

werber, die nicht zum Zug gekommen sind, habe ich zu einem Landtagsbesuch während einer Plenardebatte eingeladen.

Die 237 Vertretungsparlamentarier werden sich mit aktuellen Themen beschäftigen und Beschlüsse fassen, mit denen die „echten“ Abgeordneten sich im Anschluss auch beschäftigen werden. Wie im normalen Parlamentsbetrieb werden sich die Jugendlichen in Fraktionen zusammenschließen, in Ausschüssen diskutieren, sich in Expertenanhörungen Hintergründe erläutern lassen und letztendlich im Plenum entscheiden. Übernachtung und Verpflegung werden für die drei Tage vom Landtag übernommen, Fahrtkosten werden anteilig erstattet.

Die vorgegebenen Themen des Jugendlandtags in 2014 waren „Kindergartenpflicht“ und „Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte“. Außerdem gab es einen Eilantrag zum Thema „Verbesserung von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Diabetes-1 in Kindergärten und Schulen“ und zwei aktuelle Stunden zu den Themen „Sharia-Polizei in NRW“ und „Landeshaushalt“.

Übrigens freue ich mich, dass Sophia Gunzer, meine Vertretung aus 2013, wieder im Vorbereitungsteam für den Jugendlandtag 2015 sitzt.



Weitere Informationen zum Jugendlandtag:

- [www.jugend-landtag.de](http://www.jugend-landtag.de) oder direkt hier klicken

## Bund-Länder-Finanzausgleich neu ausrichten

Ende 2019 laufen die bisherigen Regelungen zum Finanzausgleich zwischen den Ländern und dem Bund aus. Das bietet die Chance, die Verteilung gerechter zu gestalten. Das bisherige System ist nicht mehr zeitgemäß und viel zu undurchsichtig. Die SPD-Fraktion hat daher die Landesregierung aufgefordert, sich für ein faires und transparentes Ausgleichssystem einzusetzen.

Wichtig ist, dass das Geld zukünftig nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf berechnet wird und auch die stark gestiegenen Sozialausgaben der Städte und Gemeinden berücksichtigt werden. Das erfordert eine Überprüfung aller Zahlungsströme, aber auch eine stärkere Bundesbeteiligung. Es muss zu einer weiteren dauerhaften und strukturellen Entlastung der Kommunen kommen. Das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag muss auch über 2019 hinaus erhalten bleiben. Die Länder und Kommunen müssen hieraus einen angemessenen Anteil zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, über den sie im Rahmen ihrer Haushalte entscheiden können.

Ziel ist es dabei, dass mehr des von den Menschen in NRW erwirtschafteten Geldes im Land verbleibt. NRW wird derzeit beim bundesstaatlichen Finanzausgleich, aber auch außerhalb dieses Systems bei der Verteilung von Bundesmitteln benachteiligt, da

es oftmals nur einen Anteil unterhalb seiner Einwohnerquote erhält. Dies wurde in der Vergangenheit u.a. mit den erheblichen Zuwendungen für den Bergbau begründet, obwohl diese keinen Zuschuss an das Land NRW, sondern eine Förderung der nationalen Energiereserve darstellen.

Die strukturbedingten Besonderheiten des Landes Nordrhein-Westfalen müssen stärker anerkannt werden. Über den Umsatzsteuerausgleich leistete Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 mit 2,3 Milliarden Euro einen erheblichen Beitrag zur solidarischen Unterstützung anderer Länder. Auch nach Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinn bleibt Nordrhein-Westfalen mit 1,3 Milliarden Euro Nettozahler. Der vorgelagerte Umsatzsteuerausgleich sollte in den Länderfinanzausgleich integriert werden und die horizontale Umsatzsteuerverteilung ausschließlich nach Einwohneranteilen der Länder erfolgen.

Die wichtigsten Eckpunkte für eine Neuregelung haben wir in unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen zusammengefasst, den wir am 20. März mit Mehrheit beschlossen haben.

Den Antrag gibt es auf der Internetseite des Landtags

- [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) oder direkt hier klicken

## „Operation Last Chance“ - Verfolgung von NS-Verbrechern

Der Prozess gegen John Demjanjuk in 2011 markierte eine Art Neuanfang in der Aufarbeitung von Verbrechen des NS-Regimes. 2013 startete das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Kampagne „Operation Last Chance“, um die letzten noch lebenden Kriegsverbrecher aufzutreiben. Am 1. Oktober 2014 wurde eine Liste mit Namen von 80 möglicherweise noch lebenden Mitgliedern sogenannter Einsatzgruppen übergeben. Aktuell begann in diesem Monat der Prozess gegen Oskar Gröning. In NRW ist für die Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen die „Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für

die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen“ bei der Staatsanwaltschaft Dortmund eingerichtet worden. In einem gemeinsamem Antrag haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Wichtigkeit der Verfolgung dieser Verbrechen unterstrichen. Außerdem wurden alle staatlichen und nichtstaatlichen Stellen aufgerufen, ihre Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen. Einen aktuellen Sachstand gibt es zum 31.12.2015.

Den Antrag gibt es auf der Internetseite des Landtags

- [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) oder direkt hier klicken



## Schaustellerverband Essen/Ruhrgebiet lud ein

Nachdem bereits Anfang Februar der Bundesverbandstag der Deutschen Schausteller und Marktkaufleute in Essen stattfand und ein Antrag mit dem Titel „Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte und attraktive Volksfeste“ - wie im letzten Newsletter berichtet - Thema der Plenardebatte war, stand am 27. März dann der traditionelle Jahresempfang des Schaustellerverbandes Essen/Ruhrgebiet 1919 im Gertrudissaal in der Essener Innenstadt im Kalender.



Gemeinsam mit anderen Vertretern der Essener SPD, zum Beispiel der Parteivorsitzenden Britta Altenkamp, nahm ich diesen Abendtermin gerne wahr. In seiner Begrüßung dankte Albert Ritter den NRW-Landtagsabgeordneten für den kurz zuvor positiv von allen Fraktionen mit Ausnahme der Piraten verabschiedeten gemeinsamen Antrag. Den Dank nahmen wir gerne stellvertretend für die SPD-Fraktion an und werden uns auch weiterhin für die



Belange des Schaustellerwesens einsetzen. In seiner Rede ging Albert Ritter natürlich auch auf die Situation des Schaustellergewerbes in der Stadt Essen ein. Eindringlich wies er darauf hin, dass Kirmes und Volksfeste nicht sterben dürfen. Dazu müssen auch kommunal entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Im Anschluss bot sich übrigens - ganz nach Schaustellerart - bei Musik, Stauder, Wein, Limonade und Currywurst die Gelegenheit, ungezwungen miteinander ins Gespräch zu kommen. Mit dabei waren übrigens auch viele meiner Ehrenkonsul Kollegen vom Festausschuss Kupferdreher Karneval, zu denen ja Albert Ritter auch gehört. Die Gelegenheit zu einem Foto im historischen Fahrgeschäft haben wir uns nicht entgehen lassen.



Weitere Informationen zum Thema „Schausteller“:

- [www.dsbev.de](http://www.dsbev.de) oder direkt hier klicken
- [www.kirmes-essen.de](http://www.kirmes-essen.de) oder direkt hier klicken

## Überschwemmungsgebiete - Dialog mit Anliegern des Baldeneysees

Am 7. Mai 2014 fand das erste Gespräch zum Thema mit den anliegenden Vereinen des Baldeneysees auf Einladung der SPD-Ratsfraktion und mir statt. Seinerzeit hatte das Thema hohe Wellen geschlagen. Viele Vereine fürchteten damals um ihre Existenz. Beim Treffen im letzten Jahr wurde von den Anliegern und von mir eine Neuberechnung der Überschwemmungsgebiete gefordert, da von fachkundiger Seite Fehler bei der aktuellen Zahlenlage attestiert wurden. Diese Neuberechnung forderte auch der Ruhrverband in seiner Eingabe und die Bezirksregierung hat sich dieser Kritik angenommen und die Überschwemmungsgebiete neu berechnet. Mit der Folge, dass bislang betroffene Flächen (zum Beispiel Seaside Beach, Schloß Baldeneysee, Campingplätze, Sporthafen) keine Überschwemmungsgebiete mehr sind. Diese Ergebnisse wurden der Stadt Essen und der BI Baldeney am 21.11.2014 im Rahmen einer Präsentation vorgestellt.

Am 20. April 2015 fand dann ein versprochenes Folgegespräch seitens der SPD mit den anliegenden Vereinen statt. Ich konnte mit Peter Klein, Antje Nielinger und Michael Kuk drei Experten vom Ruhrverband für die Bereiche Stauseen und Talsperren als Referenten gewinnen. Nach Darstellung des aktuellen Status quo konnten viele Anwesende erleichtert berichten, dass sie aufgrund der Neuberechnungen nicht mehr in die ehemals ausgewiesenen Gebiete fallen. In wenigen Einzelfällen gab es noch Unklarheiten, welche der Ruhrverband dankenswerter Weise überprüfen wird.

Ein paar Fragen gab es noch in Richtung der Bezirksregierung: Die Detailkarten der Neuberechneten Schutzzonen liegen noch nicht vor, weshalb eine genaue Lokalisierung in den Randzonen nicht möglich ist. Das neue Kartenmaterial muss den Betroffenen umgehend zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wurden die Kommunikationsprobleme im letzten Jahr (es wurde schlichtweg vergessen, die Vereine und anderen Nutzer des Baldeneysees über die Festlegung der Überschwemmungsgebiete zu informieren) angesprochen. Hier wurde konstruktiv

nach Möglichkeiten gesucht, diese in Zukunft zu vermeiden und letztlich die Anregung gemacht, die Vereine einfach in den Presseverteiler der Bezirksregierung aufzunehmen, um sie schnell und aktuell zu informieren.

Ich habe diese Anregungen in einem Schreiben an die Regierungspräsidentin Anne Lütkes weitergegeben. Außerdem habe ich mit Bezug auf unseren Schriftverkehr aus April 2014 nachgefragt, ob die Fachleute aus ihrem Haus wie 2014 angeboten immer noch für einen Dialog mit den Betroffenen vor Ort zur Verfügung stehen.

Das Schreiben ist den Ortsvereinsvorsitzenden in meinem Wahlkreis und natürlich auch den Teilnehmern des Gesprächstermins zugegangen. Ich würde mich freuen, wenn der Kontakt zu den ansässigen Vereinen am Baldeneysee auch über die aktuelle Problematik „Überschwemmungsgebiete“ hinaus bestehen bleibt. Auch hier wird wichtiges ehrenamtliches Engagement geleistet, welches ich gerne unterstütze.



Weitere Informationen zum Ruhrverband:

- [www.ruhrverband.de](http://www.ruhrverband.de) oder [direkt hier klicken](#)

Weitere Informationen zu Überschwemmungsgebieten:

- [www.brd.nrw.de](http://www.brd.nrw.de) oder [direkt hier klicken](#)

Wortlaut des Schreibens an die Regierungspräsidentin:

- [www.peter-weckmann.de](http://www.peter-weckmann.de) oder [direkt hier klicken](#)



## 170 Jahre Treue zur SPD - Rüttenscheider OV ehrte Mitglieder



Am 26. März lud die SPD Rüttenscheid zur Jahreshauptversammlung und Jubilarehrung. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich die Ehrung vornehmen durfte. Nach den für Jahreshauptversammlungen üblichen Berichten und Aussprachen über die Arbeit des Vorstandes durfte ich Ursula Pfeiffer und Horst Hagemeister für 25 Jahre Parteizugehörigkeit, Michael Imberg für 40 Jahre und Günter Streich für unglaubliche 65 Jahre Mitgliedschaft in der SPD ehren.

Es ist eine schöne und auch sehr wichtige Tradition in unserer Partei, langjährige Mitglieder im Ortsverein für Ihre Treue zur Sozialdemokratischen Partei zu ehren.

Ich habe an dem Tag auch einen Rückblick auf die Eintrittsjahre der Genossin und der Genossen gewagt: 1950 war das Land noch geprägt von der Aufbauarbeit nach dem Krieg, erste wirtschaftliche Erfolge wurden spürbar. Die SPD mit Kurt Schumacher



sprach sich klar gegen den Remilitarisierungskurs von Kanzler Adenauer aus. 1975 war das erste internationale Jahr der Frau. Die SPD erreichte den einmaligen Mitgliederhöchststand mit 998471 Mitgliedern. In NRW bildete Ministerpräsident Heinz Kühn eine SPD/FDP-Regierung, unter anderem mit Diet-



her Posser (Justiz), Friedhelm Farthmann (Arbeit und Soziales) und Johannes Rau (Wissenschaft). 1990 war dann natürlich das Jahr der Wiedervereinigung, die uns allen noch sehr gut im Gedächtnis ist.

Den eigentlich noch geplanten „Bericht aus dem Landtag“ haben wir dann übrigens mit Blick auf die Uhr auf eine Mai-Sitzung verschoben.



Weitere Informationen über die SPD Rüttenscheid

- [www.spd-ruettenscheid.de](http://www.spd-ruettenscheid.de) oder [direkt hier klicken](#)
- [www.facebook.com/SPDruettenscheid](https://www.facebook.com/SPDruettenscheid) oder [direkt hier klicken](#)

## ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

Ökologisches Jagdgesetz verabschiedet: Am 29. April wurde die Novelle des Landesjagdgesetzes beschlossen. Nach einem intensiven Dialog mit Jägerschaft sowie Natur- und Tierschützern stellt das Gesetz mit den verabschiedeten Änderungsanträgen einen fairen Ausgleich der Interessen dar. Insbesondere mit dem Verzicht auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer ist die rot-grüne Koalition der Jägerschaft sehr entgegen gekommen.

\*\*\*

Ausstellung „NRW wird leiser“ in der Bürgerhalle des Landtags NRW. Die Ausstellung beschäftigt sich mit der Frage, was wir tun können, um den krankmachenden Lärm zu mindern. Die Redner zur Ausstellungseröffnung betonten, dass der ständig zunehmende Lärm einen Stressfaktor eigener Art darstellt und eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit ist. Die Ausstellung kann noch bis zum 7. Mai 2015 werktags von 9 Uhr bis 17 Uhr im Landtag besichtigt werden. Anmeldungen sind unter 02118842129 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de möglich.

\*\*\*

Inklusionspreis NRW ausgelobt: Sozialminister Guntram Schneider hat den mit insgesamt 30.000 € dotierten „Inklusionspreis Nordrhein-Westfalen“ ausgelobt. Um den Inklusionspreis können sich Vereine, Projekte und Initiativen bewerben, die Inklusion im gemeinsamen Alltag von Menschen mit und ohne Behinderungen vor-

anbringen. Prämiert werden Projekte in den Bereichen Arbeit und Qualifizierung; Zugänglichkeit, Barrierefreiheit, Mobilität und Wohnen; selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung; Freizeit, Kultur und Sport; schulische und außerschulische Bildung und Erziehung. Außerdem gibt es in diesem Jahr einen Hauptpreis zum Thema „Stärkung der Partizipation und Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen“. Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.lebenmitbehinderungen.nrw.de](http://www.lebenmitbehinderungen.nrw.de)

\*\*\*



Am 29. April gab es einen für mich persönlich ganz besonderen Termin am Rande des Plenums. Der Landesverband „meines“ Jugendverbandes, SJD-Die Falken, hatte die Abgeordneten zum Parlamentarischen Abend ins Foyer der SPD-Landtagsfraktion eingeladen. Viele Stationen meines privaten und auch beruflichen Lebens waren von den Falken geprägt. Selbstredend bin ich noch immer Mitglied. Ein wenig vom Flair eines Zeltlagers hatten die Falken mit in den Landtag gebracht. Da ließ es sich wie auf dem Foto zu sehen ist

selbst die Ministerpräsidentin nicht nehmen, zur Gitarre zu greifen. Ein gelungener Abend, der hoffentlich seine Fortsetzung finden wird.

\*\*\*

Gute Nachricht für die kommenden Studentinnen und Studenten in NRW: Das zentrale Onlinesystem zur Verteilung von Studienplätzen wird zum Wintersemester 2015/2016 flächendeckend eingeführt. Das sogenannte „Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV)“ macht die Studienplatzvergabe schneller, transparenter und effizienter. Mehr Informationen zum DoSV gibt es unter [www.hochschulstart.de](http://www.hochschulstart.de).

\*\*\*

Die SPD-Landtagsfraktion hat die in Kraft getretene „Umwandlungsverordnung“ von NRW-Bauminister Michael Groschek begrüßt. Städte und Gemeinde haben so eine rechtliche Handhabe, zukünftig in bestimmten Quartieren die Umwandlung günstiger Mietwohnungen in zu meist teurere Eigentumswohnungen zu verbieten. Die Kommunen können mit einer so genannten „Milieuschutzsatzung“ ein Sanierungsgebiet festlegen, in welchem sie neben einem Vorkaufsrecht in Zukunft auch die Möglichkeit haben, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von deren Genehmigung abhängig zu machen. Beispielsweise in Hamburg wird dieses bereits erfolgreich praktiziert. Die Verordnung findet sich unter [www.recht.nrw.de](http://www.recht.nrw.de).

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW  
Postfach 10 11 43  
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630  
Telefax (0211) 8843064

[peter.weckmann@landtag.nrw.de](mailto:peter.weckmann@landtag.nrw.de)  
[www.peter-weckmann.de](http://www.peter-weckmann.de)  
[www.facebook.com/peter.weckmann](https://www.facebook.com/peter.weckmann)